

Kommentar

Klaus Lackner

Haxelsteller
Bordelektronik

Chips helfen beim Sparen von Sprit, lassen den Autofahrer einfach ans Ziel finden, bringen den Wagen sicher durch die rutschige Kurve, verhindern das Umkippen infolge plötzlich im Weg stehender Elche oder bremsen das Fahrzeug bei Bedarf vollautomatisch ein. Die elektronischen Helfer sind einfach nicht mehr aus modernen Fahrzeugen wegzudenken. Doch manche Autofahrer wünschen sich das mittlerweile wieder. Die Zahl derer, die regelmäßig wegen Fehlern in der Elektronik oder dem dazugehörigen Betriebssystem auf der Straße liegen bleiben, steigt nämlich genauso wie die Zahl von Mikrochips in den Fahrzeugen. Der Österreichische Automobil-, Motorrad- und Touring Club hat seine Mitglieder dazu befragt, und die erzählten Geschichten sind erschreckend. Nicht nur dass die Elektronik einfach versagt; die Fehler führen oft zu lebensgefährlichen Situationen. Der Albtraum sind Automatikgetriebe, die bei 130 Sachen auf das Notprogramm schalten. Die Folge davon ist das automatische Runterschalten in den zweiten Gang und die entsprechende motorische Bremswirkung. Für viele Autobesitzer bereits durchlebte Realität. Da machen sich ein elektrisches Schiebedach, das sich beizeiten einfach selbst öffnet, oder Blinker, die während der Fahrt im Takt der Schlaglöcher leuchten, noch lächerlich aus. Egal welcher elektronische Fehler: Die österreichischen Werkstätten sind oft einfach überfordert. Wusste ein Automechaniker früher aus eigenem Ermessen, was er bei welchem Fehler zu tun hat, so ist er heute Analysecomputern und vom Hersteller vorgeschriebenen Software-Updates unterworfen. Die Fachwerkstätten leiden ebenso wie der Fahrer. Sie sind dem Hersteller und dessen Fehlerbehebung voll ausgeliefert. Aber vielleicht gibt es ja bald automatische System-Updates, die während der Fahrt eingespielt werden? Oder lieber doch nicht!

Clemens Rosenkranz

Jobmotor Pferd
die Sporen geben

Seit zwei Jahren versucht die Plattform Pferd-Austria, den Wirtschafts- und Freizeitfaktor des Pferdes stärker in Österreich zu verankern. Und vielleicht ist es Pferd-Austria-Chefbereiter Josef Pröll ja gelungen, neue Freunde für das Thema zu gewinnen. Als Umweltminister ist er dagegen bei der Regierung nicht durchgedrungen, die durch den Faktor Pferd bewirkten Beschäftigungseffekte arbeitsmarktwirksam umzusetzen. Dies, obwohl der heimische Pferdebestand dem Standort Österreich Produktion, Wertschöpfung und Jobs bringt, so eine Erhebung des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI). Faustregel: Drei bis vier Pferdestärken schaffen einen neuen Job. Den geschätzten rund 100.000 heimischen Pferden stehen demnach 25.000 Arbeitsplätze gegenüber, die direkt und indirekt vom Wirtschaftsfaktor Pferd abhängen, so das IWI. Man fragt sich bloß, wieso sich die schwarz-orange (blaue) Regierung nicht schon längst bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Sattel geschwungen und bei der „Hippologisierung“ der Republik ihre Sporen voll eingesetzt hat. Ein vermehrter Einsatz von Pferden wäre nicht nur ökologisch vorbildlich, eine Förderung des Jobmotors Pferd könnte zusätzlich auch das Arbeitsservice AMS wieder auf Trab bringen. Denn die Lösung für die Arbeitsmarktprobleme könnte doch so einfach sein: In Österreich bräuchte es bloß rund 900.000 Pferde, die gemäß der IWI-Rechnung zwischen 225.000 und 300.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnten. Damit entstünde quasi auf dem Rücken der Pferde wieder Vollbeschäftigung. Im Juli waren mehr als 246.000 Menschen ohne Job. Zur Schaffung neuer Stellen ließen sich auch die zur Pferde-Familie gehörenden Esel einspannen. Wie viele Jobs so ein Grautier schafft, ist aber nicht bekannt, auch nicht, wie viele Esel es hierzulande überhaupt gibt.

Zu blau zum Denken

Im Weinland Österreich ist für so manchen Autofahrer der Griff zur Flasche kein Grund, sich nicht hinter das Lenkrad zu setzen. Passiert dann ein Verkehrsunfall, wird es aber so richtig teuer.

Clemens Rosenkranz

Wer Alkohol getrunken oder andere (illegale) Drogen konsumiert hat, sollte sich aus eigenem Interesse nicht hinter das Steuer setzen. Wenn schon nicht aus Überzeugung, dann zumindest aus Angst vor einer saftigen Strafe oder dem Führerscheinentzug. Passiert im Rausch ein Unfall, wird es nämlich so richtig teuer. Dumm ist fahren unter Drogeneinfluss in jedem Fall: Denn durch den vermehrten Einsatz der neuen Alkohol-Vortestgeräte ist mit mehr Kontrollen zu rechnen.

Vorteil für die Polizei: Durch die neuen Vortestgeräte fallen Wartezeiten wie beim komplizierteren Alkomatstest weg. Wird ein Alkoholwert von unter 0,5 Promille festgestellt, darf der Lenker gleich nach dem Vortest weiterfahren. Besteht aber der Verdacht einer Alkoholbeeinträchtigung, muss sich der Betroffene dem Alkomatstest unterziehen. Die Verweigerung der Teilnahme am Vortest kann nicht bestraft werden, allerdings ist für Verweigerer ein Alkomatstest verpflichtend.

Wer mit 0,5 Promille oder mehr erwischt wird, riskiert eine Vormerkung. Grundsätzlich gilt die Höchstgrenze von weniger als 0,5 Promille Alkoholgehalt im Blut. Besonders genau nehmen sollten es Probeführerschein-Besitzer sowie

LKW- und Busfahrer, für sie liegt die Grenze bei 0,1 Promille. Wird diese überschritten, werden Probeführerschein-Inhaber zur Nachschulung geschickt, LKW- oder Buslenkern droht eine Vormerkung.

Wer bei einer Verkehrskontrolle betrunken erwischt wird, muss bis 0,79 Promille neben einer saftigen Verwaltungsstrafe auch mit einer Vormerkung und ab 0,8 Promille gar mit Führerscheinentzug rechnen.

Drastisch sind die Folgen nach einem Unfall. Denn die Haftpflichtversicherung kann, wenn der Lenker mehr als 0,8 Promille hat, bis zu 11.000 Euro auf dem Regressweg vom alkoholisierten Unfall-Verursacher zurückverlangen, Rechtsschutz- und Kaskoversicherung sind überhaupt leistungsfrei.

Katalog der Grausamkeiten

Bei einem Alkoholgehalt von 0,5 bis 0,79 Promille sind zwischen 218 und 3.633 Euro Verwaltungsstrafe fällig. Wird man das erste Mal alkoholisiert beim Autofahren erwischt, behält man zwar den Führerschein, allerdings kassiert man dafür eine Vormerkung im Führerscheinregister.

Eine zusätzliche Verschärfung bringt das Vormerkungssystem für Wiederholungstäter: Wird man erneut berauscht erwischt, muss man zur Nachschulung zum Psychologen, die zusätz-

lich mindestens 200 Euro kostet. Beim dritten Verstoß binnen zwei Jahren gibt es kein Pardon mehr – der Deckel ist für mindestens drei Monate weg.

Lenker mit mehr als 0,8 aber weniger als 1,2 Promille zahlen für ihr Vergehen mindestens 581 Euro, die Höchststrafe beträgt 3.633 Euro. Bei der ersten Alko-Fahrt ohne Unfall ist der Führerschein einen Monat weg, im Wiederholungsfall mindestens drei Monate.

Ab 1,2 Promille beträgt die Geldstrafe zwischen 872 und 4.360 Euro, der Führerschein ist für mindestens drei Monate weg. Außerdem muss man zur Nachschulung. Mit 1,6 Promille oder darüber drohen Strafen bis zu 5.813 Euro und ein mindestens viermonatiger Führerscheinentzug. Daneben blüht eine Nachschulung (Kosten: 500 Euro), ein Termin beim Amtsarzt und eine verkehrspsychologische Untersuchung, die zusätzlich 363 Euro kostet. Dieselben Konsequenzen drohen, wenn der Test verweigert wird.

Unterschätzen sollte man auch nicht den „Morgen danach“. Selbst wenn man sich nüchtern fühlt, kann das Blut noch Restalkoholbestände aufweisen. Beim Alkoholabbau helfen nämlich weder Kaffee noch ein Katerfrühstück oder sonstige „Promille-Killer“. Der Körper baut pro Stunde nur etwa 0,1 Promille ab.

Karikatur der Woche



Ex-Benzinbrüder unter sich-
oder:
Der Diesel ist längst salonfähig...

Zeichnung: Kilian Kada